

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Nationales Nachrichten- und Anzeigenblatt für die Oberamtsbezirke Nagold, Calw, Freudenstadt und Neuenbürg

Besitzer: Monatl. d. Post N. L. 20 einchl. 18 3 Börd. Geb., 23 36 3 Zustellungsgeb.; d. Hg. N. L. 140 einchl. 20 3 Aussträgergeb.; Einzeln. 10 3. Bei Nichterhalten der Zeit. inf. hoh. Gewalt ab. Betriebsf. besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitg. / Telegr.: Tannendi. / Tel. 321

N. L. 151

N. L. 151, Dienstag, den 2. Juli 1935

58. Jahrgang

### Hundertjahrfeier des hessischen Staatsbades

Reichsminister Dr. Frick beim Staatsbade

Bad Nauheim, 1. Juli. Der bekannte Weltkurort Bad Nauheim feierte am Montag die Wiederkehr des Tages, an dem vor hundert Jahren die erste der Allgemeinheit dienende Badeanstalt der Öffentlichkeit übergeben wurde, durch einen Staatsakt. Bad Nauheim hatte zu diesem Tage ein festliches Gewand angelegt. Schon seit den frühen Morgenstunden war der Sprudelhof, der Mittelpunkt des Baderlebens, von Kurgästen und zahlreichen auswärtigen Besuchern besetzt. Zur Teilnahme an der Feier waren zahlreiche Vertreter der Reichs- und der hessischen Landesregierung eingetroffen, darunter Reichsminister Dr. Frick. Nachdem Festgäste der Kirchen und Gottesdienste in der evangelischen und der katholischen Kirche den Tag eingeleitet hatten, eröffnete Reichsstatthalter Gausleiter Sprenger den Staatsakt mit einer kurzen Ansprache. Reichsminister Dr. Frick betonte, daß der Führer und Reichkanzler ihn beauftragte, Bad Nauheim zu dem hundertjährigen Jubiläum seines Bestehens die besten Grüße und Glückwünsche zu übermitteln. Die gesamte Reichsregierung und er selbst als der für die Gesundheitspflege zuständige Reichsminister schließt sich diesen Wünschen mit ganzem Herzen an. Gesundheit sei eines der höchsten menschlichen Güter und die Voraussetzung für das Gedeihen des ganzen Volkes. Deshalb habe die nationalsozialistische Regierung Adolf Hitlers wie keine andere zuvor alles daran gesetzt, die Volksgesundheit zu pflegen, das deutsche Volk rassistisch zu erneuern und zu härten, erbgütliche, hunderjährige Familien mit allen Mitteln zu fördern und erblühenden Nachwuchs nach Möglichkeit zu vergrößern. Die nationalsozialistische Regierung sehe ihren Stolz darin, minderbemittelten Volksgenossen die Wohlthaten des Gesundheitsbrunnens Nauheim juteil werden zu lassen. Anschließend hielt Professor Weber, der Direktor des balneologischen Instituts in Bad Nauheim, eine Festrede, in der er die Entwicklung des Bades schilderte.

### Keine Strafbefehle ohne vorherige Vernehmung

Berlin, 1. Juli. Der Reichsjustizminister stellt, wie das RdZ. meldet, in einer Verfügung fest, daß in einigen Bezirken häufig, namentlich bei Übertretungen, Strafbefehle beantragt und erlassen werden, ohne daß der Beschuldigte zuvor vernommen worden ist. In dem anschließenden Gnadenverfahren bringe der Strafteile dann nicht selten Umstände zur Sprache, die für die Schuldfrage und Strafzumessung von wesentlicher Bedeutung gewesen wären und die nunmehr dem Gericht und der Gnadenbehörde Anlaß geben, beim Reichsjustizminister den alsbaldigen Erlass oder eine Ermäßigung der erkannten Strafe vorzuschlagen. Demgegenüber verweist der Minister darauf, daß das Gnadenverfahren grundsätzlich nicht dazu bestimmt sei, die Schuldfrage und Strafzumessung erneut zu prüfen. Es werde sich daher in der Regel empfehlen, den Beschuldigten vor dem Antrag auf Erlass eines Strafbefehles durch die Vollzugsbehörde vernommen zu lassen, damit bereits in diesem Abschnitt des Verfahrens die Umstände berücksichtigt werden können, die sonst erst im Gnadenverfahren zur Erörterung gelangen, und damit das Verfahren gegebenenfalls alsbald wegen Geringfügigkeit eingestellt werden könne.

### Lord Allen für Deutschland

London, 1. Juli. Lord Allen of Hurtwood schreibt in einem Brief an die „Times“, nach 16 tragischen Jahren gebrauchte Großbritanniens seinen Einfluß, um die Fehler auszulöschen, die Europa in siegreiche und besiegte Räder geteilt hätten. Mit einflussreicher Einzeligkeit habe das britische Volk seine Regierung beim Austritten der Versöhnungsband an Deutschland unterstützt. Mit unbedingter Entschlossenheit schneide England das Recht juristischer Formalitäten und erreiche endlich den Kern des Problems. Die britische öffentliche Meinung heiße dabei, daß nunmehr nichts die Anerkennung Deutschlands als gleichberechtigter Sägemasternation verhindern dürfe. Diese Gleichheit müsse ihre Erfüllung in einem System kollektiver Sicherheit finden. Er fährt dann fort: Diese Wiederherstellung Europas ist von solcher Wichtigkeit und das neue Einvernehmen zwischen Großbritannien und Deutschland ist so ausschlaggebend, daß ich mich nicht enthalten kann, einen weiteren Schritt zu befehlen. Wenn all dieser gute Wille auf eine feste Grundlage kommen soll, müssen wir ihn im tiefsten Herzen empfinden. Wir müssen Deutschlands Hand nicht nur ergreifen, weil wir unsere eigene Fehler von Versailles wieder gutzumachen wünschen, sondern weil wir aus aufrichtigem freiem Antrieb wünschen, die Freunde und unsere deutschen Nachbarn zu sein. Es verbleibe aber noch ein Gefühl des Zauderns und Bedauerns. Lord Allen führt dies auf den inneren Gestaltwandel Deutschlands zurück, dem er als Liberaler bekanntlich ablehnend gegenübersteht, der allerdings, wie er zugibt, eigene Angelegenheit der Deutschen sei.

### Eden berichtet im Unterhaus über Paris und Rom

über Paris und Rom

London, 1. Juli. Minister Eden gab am Montag im Unterhaus die bereits angekündigte Erklärung über seine diplomatische Reise nach Paris und Rom. Eden führte aus:

„Der Zweck meiner Reise nach Paris war doppelter Natur: Die britische Regierung wollte an erster Stelle die früheste Gelegenheit benutzen, um der französischen Regierung eine volle und offene Erklärung über das deutsch-englische Flottenabkommen zu geben. Sie wünschte auch in Rücksprache mit der französischen Regierung die Mittel und Wege zu erwägen, so schnell wie möglich Fortschritte in den Verhandlungen über alle Punkte des Londoner Protokolls vom 3. Februar zu erzielen. Ich gab dem französischen Ministerpräsidenten einen Bericht über den Inhalt des deutsch-englischen Flottenabkommens und beschrieb ihm die Umstände, unter denen es abgeschlossen wurde, sowie die Gründe, die die englische Regierung zu einem Abbruch veranlaßten. Laval erklärte mit gleicher Offenheit die Ansicht der französischen Regierung zu diesem Abkommen. Er legte auch seine Ansicht über die Auswirkung des Abkommens auf die verschiedenen europäischen Probleme dar, mit denen Lösung beide Regierungen beschäftigt sind. Im Laufe dieser Besprechung wurde anerkannt, daß für die Regelung dieser Fragen wie z. B. der des Luftpatentes, des Ökpatentes, des mitteleuropäischen Patentes und der Vereinbarung über Landdrainagen eine enge Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Großbritannien notwendig ist. Dies sind Fragen, die nicht allein Frankreich und Großbritannien interessieren. Wir suchen daher gegenwärtig mit der französischen Regierung eine Form der Zusammenarbeit, die am besten geeignet ist, so schnell und vollständig wie möglich die Erfüllung des Programms des Londoner Protokolls vom 3. Februar durch alle Länder zu erzielen. Am Ende der Besprechung ab. Diese selben Probleme, die ich in der Folge mit Mussolini in Rom hatte, konnten mit erfreulicherweise eine Einigung über die Möglichkeit feststellen, weiterhin für die europäische Befriedung im Einklang mit dem Londoner Protokoll und in der Streifen Entscheidung niedergelegten Richtlinien zu arbeiten. Es ist jetzt jedoch Grund zu der Hoffnung vorhanden, daß die besten Verhandlungslinien in Kürze gefunden werden muß. Leberdies kann ich nicht daran zweifeln, daß — obwohl drei Regierungen möglicherweise den verschiedenen Problemen des Programms nicht dieselbe Bedeutung oder dieselbe Dringlichkeit beimessen — es möglich sein könnte, sich über eine Methode einig zu werden, wodurch sie sich in freien und gleichen Verhandlungen mit anderen Regierungen vereinigen, um zu der Lösung dieser Probleme beizutragen.“

Eden wandte sich dann der italienisch-abessinischen Streitfrage zu und erklärte: Ich teilte Mussolini die ersten Belangen der englischen Regierung über die Wendung des Streites zwischen Italien und Abessinien mit. Ich wies darauf hin, daß sich die britische Außenpolitik auf den Völkerbund gründet und daß infolgedessen die britische Regierung Ereignissen gegenüber, die die Zukunft des Völkerbundes weitgehend beeinflussen könnten, nicht gleichgültig bleiben könne; außerdem habe die öffentliche Meinung Englands über diese Frage sehr ausgeprägte Ausichten. Die englische Regierung habe deshalb sorgfältig geprüft, ob sie irgendeinen konstruktiven Beitrag zu einer Lösung liefern könne.

Darauf beschrieb ich Mussolini die Art des von England im Auge gefassten Beitrages, den ich ihm als provisorischen Vorschlag vorlegen dürfte. Dieser Vorschlag ging allgemein gesprochen dahin: Zugunsten einer endgültigen Regelung des italienisch-abessinischen Streites würde die britische Regierung bereit sein, Abessinien einen Gebietsstreifen in britisch-Somaliland anzubieten und damit Abessinien einen Zugang zum Meere geben. Dieser Vorschlag sollte gebietsmäßige und wirtschaftliche Zugehändnisse Abessinien an Italien erleichtern, wie sie möglicherweise im Rahmen einer Regelung zustande gekommen wären. Die britische Regierung würde als Gegenleistung für diese Abtretung kein Zugeständnis verlangen mit Ausnahme der Weiderechte für ihre Stämme in denjenigen Gebieten, die an Italien abgetreten würden. Dieser Vorschlag wurde nicht leichtem Herzens gemacht, und nur der Ernst der Lage konnte die Abtretung britischen Gebiets ohne eine gleichwertige Gegenleistung rechtfertigen. Ich behaupte es jetzt, daß Mussolini nicht in der Lage war, diesen Vorschlag als die Grundlage für die Lösung des Streitfalles anzunehmen. Nach meiner Rückkehr nach Paris gab ich Laval einen Bericht über meine Besprechungen mit Mussolini.

Nach der Unterhauserkklärung Edens über seine Besuche in Paris und Rom fragte der Oppositionsführer Lansbury, wann das Unterhaus die erwähnten Fragen erörtern dürfe.

Der Außenminister Hoare erwiderte, daß er die außerordentliche Dringlichkeit dieser Fragen durchaus einsehe, er könne jedoch nicht bestimmen, wann die Regierung dem Unterhaus weitere Einzelheiten mitteilen könne. Sie wolle nämlich nichts tun, was geeignet sei, die von ihr gewünschte Entwicklung der Dinge nachteilig zu beeinflussen.

Lansbury erwiderte, zwar müsse man der Regierung alles in weitem Ausmaß überlassen, letzten Endes aber sei das britische Parlament verantwortlich. Er wünschte zu verhindern, daß in der abessinischen Frage wieder einmal ohne vorherige Befragung des Unterhauses, des Völkerbundes oder anderer Leute eine vollendete Tatsache zustandekomme.

Auf die Frage des Arbeitervertreter Finker, ob Mussolini seine Bedingungen mitgeteilt habe, wurde erklärt, die Regierung könne heute keine weiteren Mitteilungen machen.

Der regierungsliberale Dickie wünschte, daß das Unterhaus die abessinische Frage erörtern solle bevor britisches Gebiet an Abessinien oder an irgend ein anderes Land abgetreten werde.

Hoare entgegnete: „Das Unterhaus muß der Regierung in dieser Hinsicht vertrauen. Wenn es dies nicht tun wolle, dann geht die ganze Grundlage unserer Arbeit verloren. Der britische Vorschlag war, wie gesagt, in seiner Art ein Versuch. Er bildete einen Teil eines allgemeinen Versuches, eine Regelung für eine Lage zu finden, die kritisch ist und überall katastrophale Folgen haben könnte, wenn sie nicht richtig behandelt wird. Der provisorische Vorschlag England war nicht annehmbar und ich glaube daher, daß er wegsalt.“

Damit hat die Aussprache ihr Ende erreicht.

### Laval zu seiner Aussprache mit Eden

Paris, 1. Juli. Ministerpräsident Laval eröffnete am Sonntag die Touristen-Woche für die Auvergne mit einer Rede, die im wesentlichen ein Aufruf an die Franzosen zur Einigung war. Dem „Petit Parisien“ zufolge hat der Ministerpräsident hierbei auch die letzten Stappen seiner diplomatischen Arbeit in Erinnerung gerufen und dann hinsichtlich des deutsch-englischen Flottenabkommens erklärt:

„Ich habe England gegenüber die Sprache geführt, die angebracht war, und sogar diejenigen, die mich für zu maßvoll halten, wären vielleicht der Ansicht, daß ich etwas zu weit gegangen bin, wenn sie die genauen Bedingungen kennen würden, denen ich mich bedient habe. Die Franzosen müssen kaltes Blut und Sinn für Ordnung bewahren. Mit welcher Autorität könnte ich mit dem Vertreter Deutschlands sprechen, wenn unser Land sich selbst aufgibt, wenn es sich nicht um die Gewährleistung seiner eigenen Sicherheit sorgt, wenn es das Schauspiel der Unordnung und — offen gesagt — der Feigheit bietet?“

### Chamberlain zum Flottenabkommen

London, 1. Juli. Auch der englische Schatzkanzler Chamberlain äußerte sich auf einer konservativen Versammlung in Hinton zum deutsch-englischen Flottenabkommen. Die englische Regierung habe, als sie das deutsche Angebot erhielt, im voraus gewußt, daß einige Leute natürlich darin einen schlaunen Versuch erblicken würden, England von seinen französischen Freunden zu trennen. Aber was habe früher den Streit Englands mit Deutschland eingeleitet? Der Kaiser habe darauf bestanden, eine Flotte zu bauen, um die Vorherrschaft der britischen Marine herauszufordern. Das deutsche Angebot habe irgend eine Wiederholung dieser Herausforderung unmöglich gemacht. Nach einem Hinweis darauf, daß Deutschland auf alle Zeiten dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg entzogen habe, erklärte Chamberlain, daß Lord Bessy — und es gebe keine höhere Autorität als ihn — das deutsch-englische Flottenabkommen als eine große Leistung und eine große Vermehrung der englischen Sicherheit begrüßt habe. Dieses Abkommen bedeute eine entscheidende Zunahme des „guten Willens“ in Europa. Andere nächste Aufgabe muß es sein, diese Gesundheit noch weiter zu fördern in den Besprechungen, die baldigt unter den europäischen Nationen über andere Gesichtspunkte der Rüstungsfrage stattfinden werden. In der Zwischenzeit fordere England keine Rüstungspläne, die niemanden in Unruhe versetzen könnten, weil jedermann wisse, daß England keine feindseligen Absichten gegen irgend jemanden hege. Er habe aber noch nicht die Hoffnung ausgegeben, daß es baldigt gelingen werde, eine Vereinbarung für eine allgemeine Begrenzung der Luftrüstungen zu erzielen, wodurch eine Durchsichtung des englischen Vostprogramms unnötig würde.



## Die Frontkämpferaktion

Beisprechungen zwischen deutschen und französischen Kriegsteilnehmern in Paris

Paris, 1. Juli. Am Montag begannen in Paris die Beisprechungen zwischen deutschen und französischen Kriegsteilnehmern. Da die Unterredungen privater Natur sind, soll erst zum Schluß eine Mitteilung an die Presse herausgegeben werden. Die deutschen Kriegsteilnehmer sind vertreten für den NS-Kriegsopferverband durch dessen Leiter Oberlindober und von Cöffe und Dr. Die, für den Kaffhäuserbund durch von Hermann-Hainhofen und für den NS-Deutschen Frontkämpferbund (Stahlhelm) durch von Bary. Seitens der Fidsoc (Interalliiert-Verband der Frontkämpfer) nahmen mindestens zwei Vertreter eines jeden Landes teil. Der Nationalverband der französischen Kriegsteilnehmer UNK ist durch seinen Vorkämpfer Lebecqz, den Abgeordneten Jean Gon, ferner durch Raulard und durch Tauler vertreten. Der Präsident der Union Fédérale, Fichot, der Montagabend in die Tschekoslowakei verreisen muß, kann an den Beratungen nicht teilnehmen.

## 50 deutsche Kriegsteilnehmer in Paris

Paris, 1. Juli. 50 deutsche Kriegsteilnehmer aus Stuttgart, die vom französischen Verband der Lungenerkrankten nach Frankreich eingeladen worden sind, wurden am Montag auf der Durchfahrt in Lyon von dem deutschen Konsul und von französischen Frontkämpfern begrüßt. Nachdem sie am Gefallenendmal einen Blumenkranz niedergelegt hatten, wurden sie im Rathaus von Minister Herriot empfangen, der Bürgermeister von Lyon ist. Zwischen Herriot und dem Führer der deutschen Abordnung wurden Ansprachen gewechselt. Anschließend besuchten die deutschen Kriegsteilnehmer die Gräber ihrer deutschen Kameraden, die während der Gefangenenschaft in Lyon und Umgebung gestorben sind.

## Eine Glatzleistung deutscher Alpinisten

Milano, 1. Juli. Den beiden deutschen Alpinisten Peters und Wauer ist es gelungen, eine hochalpine Glatzleistung von überragender Bedeutung für die gesamte Hochtouristik zu vollbringen. Sie haben in 17 Stunden schwerer Eis- und Felsklettern die 1500 Meter über dem Los Chauz-Gletscher sich auftürmende Nordwand der Grandes Jorasses bezwungen, die eine absolute Höhe von 4200 Meter hat. Zahlreiche Kletterer aller Nationen hatten sich bisher erfolglos um die Besteigung dieser Wand bemüht. Viele haben ihr fähiges Unternehmen mit dem Leben bezahlen müssen. Mit der Eroberung der Grandes Jorasses-Nordwand ist eines der letzten noch offenen großen Probleme der Westalpen gelöst worden.

## Stalten gegen Vermittlung im abessinischen Streitfall

Rom, 1. Juli. Dem Versuch, für die Beilegung des abessinischen Konflikts gegebenen Falles, den zur Zeit in Schwesingen tagenden italienisch-abessinischen Schlichtungsausschuss einzuschalten, wird von zuständiger italienischer Seite mit größter Bestimmtheit entgegengetreten. Ferner wird betont, daß eine Konferenz England, Frankreichs und Italiens als der drei Signatarmächte des Abkommens von 1906 für Italien beim heutigen Stand des Streitfalles nicht in Frage komme. Zugabe wird dagegen, daß zur Zeit zwischen den Kanzleien dieser drei Mächte ein diplomatischer Gedankenaustausch über die Möglichkeit einer Beilegung des Konflikts stattfindet, allerdings ohne daß man in Italien besondere Erwartungen daran knüpft.

## Irland will sich loslösen

Berlin, 1. Juli. In einer Rede in Limerick sprach am Sonntagabend de Valera von dem englischen König als einem ausländischen König und sagte, wenn die Irländer frei wären, so würden sie ihn nicht zu ihrem Herrscher wählen. Bevor die Regierung ihr Amt verläßt, werde sie eine von Grund auf irische Verfassung einbringen. Der Augenblick der völligen Freiheit sei sehr nahe.

## Titulescu in London

London, 1. Juli. Der rumänische Außenminister Titulescu ist am Sonntagabend in London eingetroffen. Er wird dem Staatssekretär des Außenbüros, Hoare, dem Völkerbundminister Eden und dem Ministerpräsidenten Baldwin Besuche abgeben. Später gedenkt er zu einem kurzen Ferienaufenthalt nach Bournemouth zu gehen.

## Bergwerkunglück in Indien

16 Tote, 23 Verletzte

Simala, 1. Juli. In der Kohlengrube von Bagdighi im Bezirk Dhana (Britisch-Indien) ereignete sich in der Nacht zum Montag ein schweres Bergwerkunglück, das insgesamt 16 Tote und 23 Verletzte forderte. Zunächst hatte sich in der Grube eine kleinere Explosion ereignet, durch die vier Mann von der 150 Mann starken Nachtschicht befreit getötet wurden. Sämtliche Bergleute traten darauf ein. Während sie aber noch am Grubeneingang standen, erfolgte eine weitere schwere Explosion, durch die 12 Bergleute getötet und 23 verletzt wurden.

## Uberschwemmungskatastrophe in China

Schaughai, 1. Juli. In der Nähe von Santau wurden durch die Hochwasser der Yangtsekiang, die einen noch nicht fertiggestellten Damm durchbrachen, über 300 000 Morgen Land überschwemmt und tausende von Häusern unter Wasser gesetzt. Ueber die Zahl der Menschenverluste ist noch nichts bekannt. Eine Brücke in einer der Vorstädte Santaus wurde fortgerissen. Der Autoverskehr in Ostchina mußte eingestellt werden und auch der Eisenbahnverkehr ist unterbrochen. Bei Wahu erreichte der Flußstand die höchste Marke seit drei Jahren und die Lage ist sehr gefährlich. Die vier Hauptflüsse der Provinz Honan sind über sechs Meter getrieben.

## Aus Stadt und Land

Altensteig, den 2. Juli 1935.

Bericht über die Gemeinderatsitzung vom 26. Juni 1935 Stadthausballplatz 1935 — Die alten Gemeinderäte und neuen Ratsherren — Neues Stadtwappen und neue Stadtfarben Anwesend: Bürgermeister Kalmbach und neun Stadträte

Das Jahr 1935 steht für Deutschland im Zeichen der Konsolidierung der Verhältnisse, politisch wie wirtschaftlich. Innenpolitisch ist die nationalsozialistische Idee selbstverständlich, Außenpolitisch hat der Führer durch seine letzte Reichstagsrede mehr beigebracht zur Befriedung Europas, als der ganze Völkerverbund in fünfzehn Jahren. Die Früchte reifen bereits heran. Diese politische Veruhigung verleiht nicht ihre Wirkung auf die wirtschaftliche Entwicklung. Das Geschäftsleben wird freier und es ist doch wieder eher möglich zu disponieren. Für die Gemeindeverwaltungen ist eine solche Entwicklung aber von größter Bedeutung. Die Steuergrundlagen sind wieder unverändert und haben dazu den Vorzug, auch ergebnisreicher zu stehen. Die Gemeindefinanzen werden übersichtlicher und stabiler. Die Stadtoverwaltung führt sich daher mit den beteiligten Kreisen ein in der Hoffnung und dem dringlichen Wunsch, daß das heutige Jahr für die Landwirtschaft, die unserem hiesigen Geschäftsleben eine ausschlaggebende Käuferkraft ist und die noch unter den Auswirkungen der Trockenheit des letzten Jahres leidet, ein geeignetes Jahr werde, wie auch, daß den unermüdlichen Bestrebungen unserer Betriebsleiter in Fabriken und Geschäften, Arbeit und Brot für ihre zahlreichere Gefolgschaft zu schaffen, ein reicher Erfolg beschieden sein möge. Nicht minder wichtig für uns ist auch eine gesunde Fortentwicklung der Landwirtschaft. Eine gedeihliche Entwicklung allüberall trägt dazu bei, an die vielen noch zu lösenden Aufgaben der Stadtgemeinde, die teilweise dringlich und recht kostspielig sind (Kanaliserlegung, Kanalsation, Kläranlage, Schulhausbau usw.) möglichst rasch heranzutreten. Zur Seite stehen muß größte Sparsamkeit, auch im Kleinen, um Mittel für Großes freizubekommen. Auch das Schuldenwachen hat seine Grenzen. Der derzeitige Schuldendienst erfordert jährlich immer noch 41 600 Mark an Tilgung und Zinsen, das sind allein 14 Prozent Gemeindevonlage.

Unter diesen Gesichtspunkten ist auch der **Voranschlag 1935** aufzustellen. Außerordentliche Aufwendungen sind nicht enthalten. Es ist aber darauf Bedacht genommen, die in den ganz schlechten Finanzjahren unterbliebenen Ausbesserungen und Verbesserungen der städtischen Einrichtungen, Gebäude, Straßen und Wege nachzuholen (Gebäude 8500 Mark, Straßen und Wege 28 155 Mark). Die Auswirkung der Neuordnung der Straßenläden sieht noch nicht ganz fest; entsprechend einem Ministerialerlaß sind daher die jetzigen Beträge noch einmal einzusehen. So viel ist aber sicher, daß für die Stadtgemeinde eine wesentliche Mehrbelastung in der Zukunft eintritt. Die Landstraßen erster und zweiter Ordnung (das sind alle Hauptstraßen und wichtiger Verbindungsstraßen zwischen den Orten) geben in Unterhaltung des Staates über (jetztiger Gemeinden), an welchen der Kreisverband (nicht mehr die einzelnen Gemeinden) beträchtliche Zuschüsse zu leisten hat, die in der Kreisverbandsumlage nach dem Steuerfuß umgelegt werden. Neu eingestellt sind Beträge für Kanalisationsplan und Ortsbauplan, die beide dringend notwendig sind, letzterer schon im Hinblick auf das durch die Feldbereinigung III neu erschlossene Baugelände. Die übrigen Ausgabebeurteilungen sind unangenehm und haben nur geringe Abweichungen, je nach kleineren oder größeren Anschaffungen, Ergänzungen und Instandsetzungen. Einzelpart werden an Zinsen rd. 1900 Mark (Zinsermäßigung).

Auf der Einnahmenseite hat der Wald nicht die gegenüber dem Vorjahr erhoffte Mehrertrags gebracht. Die Holzpreise betragen nur 6000 Mark mehr, zurückzuführen auf unergiebige, zum Teil noch im Keim abgestorbene Bäume. Die Holzsteuer, vorläufiges Jahr offenbar etwas tramm eingestellt, muß infolge der sozialen Staffelung um 1000 Mark niedriger angenommen werden; der infolge Besserung der Wirtschaftslage an und für sich höhere Ertrag konnte den Ausfall nur teilweise beden. Die Ueberweisungsteuern dagegen (Anteile der Umsatzsteuer und Einkommensteuer) waren nach den Richtlinien mit rd. 2000 Mark höher zu veranschlagen.

Das Schlussergebnis des **Städt. Elektrizitätswerks** hängt, wie die Landwirtschaft, vom Wetter ab. Die Aufwendungen für Brennstoffe und Betriebsstoffe (Öle) sind bedingt durch heißen und trockenen Jahrgang. Sie sind schwerer gegenüber dem Vorjahr um 4000 Mark gestiegen in dem frommen Wunsch, daß sie sich auch tatsächlich einsparen lassen, denn nur so ergibt sich noch ein Ueberfluß des Elektrizitätswerks von 15 200 Mark, der unbedingt zur Abminderung der Stadtspende notwendig ist.

Das vorläufige **Rechnungsablußergebnis 1934** weist nach Heranziehung eines Referendums von 5300 Mark noch einen Abmangel von 1887 Mark auf, der bei den vielen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des letzten Jahres (Gebäudeinstandsetzungen, Konstantarbeiten, Arbeitsdienstmessungen) nicht erträglich ist. Er ist zur Deckung im **Voranschlag 1935** eingestellt.

Es betragen nun insgesamt die Einnahmen 219 415 Mark (im Vorjahr 211 540 Mark) Ausgaben 308 675 Mark (im Vorjahr 305 741 Mark)

somit Abmangel 89 260 Mark (im Vorjahr 94 201 Mark) der gedeckt wird:

1. Durch eine Umlage von 20 Prozent, wie im Vorjahr, auf die Ertragssteuer mit 316 400 Mark (und zwar Grundsteuer: 8400 Mark, Gebäudesteuer 163 000 Mark und Gewerbesteuer 145 000 Mark = 63 280 Mark).
2. Durch Verwendung des Ueberflusses des Städt. Elektrizitätswerks mit 15 200 Mark.
3. Durch Zuschuß aus dem Ausgleichsfond und Einsparungen im Laufe des Rechnungsjahres 10 721 Mark.

Der **Haushaltsplan 1935** ist somit ausgeglichen. Eine an und für sich wünschenswerte Entlastung der Steuerzahler ließ sich nicht durchführen. Es gilt vorer, die Unterhaltung der städtischen Einrichtungen aufs Laufende zu bringen. Für die Zukunft aber verlangt die neue Gemeindeordnung auf Grund der Erfolge der letzten Reisensjahre in erster Linie Ansammlung von Rücklagen aller Art, nicht zuletzt im Interesse einer gleichmäßigen Förderung des Wirtschaftslebens. Dies heuer schon zu berücksichtigen, war bei unserer angespannten Finanzlage nicht möglich.

Als **außerordentliche Aufgaben** sind heuer folgende Arbeitsdienstmessungen vorgesehen: Abfluß der Feldbereinigung III, Neubestellung des Holzabfuhrwegs **Petersweg** im Stadtwald Enzswald und Wegbauten im Stadtwald Brundhalde. Zur Deckung der Aufwendungen wird der Ertrag von 1000 festmeter außerordentlicher Rukung auf der Höhenstraße **Simmersfeld-Besenfeld** herangezogen, um deren Genehmigung ohne Ausgleichung nachgesucht wird. Weitere rund 500 festmeter Holz, eben von dieser Höhenstraße, sind noch in die ordentliche Rukung 1935 einbezogen. Notwendig wird auch eine Umänderung und Verbesserung des Arbeitsdienstlagers, worüber aber noch die Verhandlungen laufen.

Die **Neubestellung der Gemeinderäte** auf Grund der deutschen Gemeindeordnung erfolgt in Anwesenheit des städt. Kreisleiters, Karl Steeb, als Beauftragter der NSDAP. Sie hat nach einem Min. Erlaß bis 1. Juli 1935 zu geschehen. Nach der voraus aufgestellten Hauptausführung, die für jede Gemeinde vorgeschrieben ist, beträgt die Zahl der Gemeinderäte noch 8 statt seither 10. Daraus stehen dem Bürgermeister noch 2 Beigeordnete ehrenamtlich zur Seite. Diese Einrichtung ist in Württemberg neu. Die Beigeordneten sind die Stellvertreter des Bürgermeisters und haben an den Beratungen des Gemeinderats teilzunehmen. Sie werden in einem besonderen Verfahren berufen und bedürfen der Zustimmung der Ministerialabteilung für Bezirks- und Körperschaftsverwaltung. In der Hauptsache ist weiter festgelegt, daß die Stelle des Bürgermeisters hauptsächlich ist. Die Bestimmung der NSD., daß in Gemeinden unter 10 000 Einwohner nur ehrenamtliche Bürgermeister sein sollen, läßt sich in Württemberg nicht durchführen. Vorgehen ist weiter ein Beitrag für Fürsorgeangelegenheiten, dessen Mitglieder der Einfachheit halber dem Gemeinderat entnommen werden. Auf Grund der Vor schläge im Benehmen mit dem Bürgermeister werden sodann durch den Beauftragten der NSDAP, als Gemeinderäte auf die 6 Jahre bis 31. März 1941 berufen: **Bausler Karl**, Mechaniker, **Kalmbach Friedrich**, Hauptlehrer, **Mofer Ernst**, Gerbermeister, **Müller Heinrich**, Fleischermeister, **Silber Karl**, Mühlenbesitzer, **Rasp Otto**, Schreiner, **Schäuble Friedrich**, Schreinermeister, **Walz Hans**, Spartenhändler. Die Berufungen waren alle seither schon Gemeinderat. Sie sind nun ehrenamtliche Beamte und haben die Amtsbezeichnung **Ratsherrn**. Der Vorsitzende und der Beauftragte der NSDAP, gedachten noch in geeigneten Worten der Aufgaben der Gemeinderäte, die ihnen ja aus ihrer bisherigen Tätigkeit bekannt seien und der Bedeutung der Berufung. Vom Vorsitzenden erfolgt sodann noch die Verpflichtung unter Hinweisung auf den als feitheriger Gemeinderat schon geleisteten Dienst.

Der **Holzabfuhrweg „Petersweg“** im Enzswald führt etwa 150 Meter durch den Gemeinwald **Simmersfeld**. Mit der Gemeinde **Simmersfeld** war nun anlässlich der Neubestellung Vereinbarung zu treffen, einmal aus Zweckmäßigkeitsgründen die Kurve des feitherigen Wegs zu beseitigen, zum andern zugleich eine Ausfahrt auf die Höhenstraße in Richtung **Besenfeld** freizugeben. Zum Ausgleich wird die Kostenbeteiligung der Gemeinde **Simmersfeld** an den Herstellungskosten des Wegs von 40 auf 25 Prozent herabgesetzt. Die Unterhaltung bleibt wie feither.

Auf Antrag der Stadtspende werden verschiedene Regelungen über **Berechnungen zwischen Stadtkasse und Elektrizitätswerk** getroffen, die schon deshalb wichtig sind, weil das Elektrizitätswerk als wirtschaftliches Unternehmen einer besonderen Prüfung unterliegt und nach kaufmännischen Grundsätzen zu behandeln ist.

Am **Schlus** der Beratung fand noch eine längere Aussprache über die **Schaffung eines Müllabfuhrplatzes** statt, die bei unserem Gelände ein wirklich schweres Problem bedeutet. Der Platz in der Nähe des Arbeitsdienstlagers kann aus verschiedenen Gründen nicht weiter benutzt werden und der derzeitige im Besonderen kann nur wenig fassen. Als einzige Lösung erscheint die Verwendung der früheren Hagenwiese.

Aus früheren Sitzungen ist noch nachzutragen:

Als **Rechenbegleiterin** wurde **Frau Emma Wölpert** neu bestellt. Sie beginnt ihre Tätigkeit mit dem 1. Juli 1935. — Aus besonderem Anlaß wurden die Gebühren für **Urnenbestattungen** auf den beiden hiesigen Friedhöfen geregelt. Sie sind wie folgt festgesetzt: Für Herstellung eines Urnengrabes 10 Mark, für Eintragung der Urnen ins Verzeichnis eines auswärtigen Wohnort gewesenen Verstorbenen 20 Mark, und bei Beisetzung eines Leichen in einem schon bestehenden Grab (**Verwandte, Bekannte**) nur 10 Mark. Die Bestimmungen über Gräbergebühren werden nicht berührt.

Durch die dringende Ausbesserung verschiedener **Schweggräben** ist die Frage der **Schweg-Unterhaltung** aufgeworfen worden. Nach dem diesjährigen Ortsstatut von 1899/1900 wäre die Unterhaltung ganz Sache der Anlieger. Bis zum Erlaß einer Ortsbauordnung wird als vorläufige Regelung in entgegenkommender Weise nun bestimmt: 1. Die Unterhaltung der Schwege erfolgt grundsätzlich unter Aufsicht und nach Weisung des Stadtbauamts. An den Kosten haben die Grundstücksangelegen (bebaute und unbebaute Grundstücke) die Hälfte zu tragen. Wo die Schwege im öffentlichen Interesse mehr als 2 Meter breit sind, kommt die Stadtgemeinde für den Mehraufwand allein auf. In ganz besonders gelagerten Fällen erfolgt die Kostenverteilung durch besondere Vereinbarung. 2. Die Herstellung und Unterhaltung der Ueberfahrten über Schwege erfolgt ganz auf Rechnung der Grundstückbesitzer, jedoch nach Weisung des Stadtbauamts. Diese Ueberfahrten werden im Interesse der Grundstückbesitzer hergestellt, denen andererseits die Kosten der Ueberfahrtsbedeckung erspart bleiben.

Die **schadhafte Wehranlage** der früheren Wasserfabrik wird auf Rechnung der Stadtgemeinde als Markungsgemeinde befristet im Interesse des Landschaftsbildes. Die Rechtsverhältnisse liegen nicht ganz klar; weder Forstverwaltung noch Straßenbauverwaltung fühlten sich als Eigentümer.

**Holzauer Johann Georg Lehmann**, Fünfbrunn, ist als solcher schon 25 Jahre im Stadtwald tätig. Es wird ihm aus diesem Anlaß eine **Jubiläumsgabe** von 40 Mark bewilligt.

**Bürgermeister i. R. Feldweg** hat bei seinen Arbeiten im Archiv der Stadtgemeinde festgestellt, daß das hiesige **Stadtwappen** und die **Stadtfarben** im Laufe der Zeit willkürlich geändert wurden. Im Einvernehmen mit dem Vorsitzenden hat er dann Änderungsvorschläge durchgearbeitet, die von der Archivdirektion Stuttgart als **Wappenbehörde** ausgehoben wurden. Die Vorschläge finden auch einmütige Billigung des Gemeinderats. Dienach wird das **Wappen** auf eine Form zurückgeführt, die sich eng an das erste aus der württembergischen Habsburgerzeit stammende Stadtwappen anlehnt (1904). Die **Stadtfarben** sind statt blau-grün künftig **gold-grün**. Näheres hierüber ist aus einer in der nächsten Sonntagsbeilage der **Schwarzwälder Tageszeitung**, **„Aus den Tannen“** erscheinenden Abhandlung ersichtlich. Zugleich namens des Gemeinderats sagt der Vorsitzende dem in der Sitzung anwesenden Bürgermeister i. R. **Feldweg** herzlichen Dank für seine unermüdbare und wertvolle Arbeit um die Erforschung der Geschichte von Stadt und Herrschaft **Altensteig** und verabschiedete ihn der Verabschiedung seiner Arbeit bei der garmigen hiesigen Bevölkerung, die ja am besten in dem jährlichen Besuch der Ausstellung „**alter Urkunden**“ zum Ausdruck gekommen sei.

**Gewitter- und Gewitterschäden.** Nach recht schwülen Tagen sah man gegen Abend ein Gewitter sich entwickeln, das recht Unheil verkündend ausfiel. Etwa um 8.30 Uhr abends brach es mit großer Macht los. Neben den elektrischen Entladungen, Donnerschlägen und Regenschauern entwickelte sich ein furchtbare Gewittersturm, der nicht unerheblichen Schaden durch entwurzelte Bäume, abgebrochene Äste und heruntergeworfene Dachziegel mit sich brachte. Auch Obst wurde vielfach von den Bäumen gerissen. Im oberen Ragoldtal zwischen **Gartweiler Brücke** und **Wassentube** wurden zwei Tannen über die Straße geworfen, so daß der Verkehr auf dieser Straße bis heute früh behindert



**Liederkranz Altenteis.** Der Liederkranz verlegt seine Singstunde ab 1. Juli infolge der öfteren Verhinderung seines Dirigenten Schmidhuber von Freitag auf Donnerstags. Die Vereinsführer sowie die Führer der sonstigen Gliederungen werden gebeten, den Donnerstag frei zu halten.

**Gesellschafterversammlung der Gemeinschaft der Freunde.** Am 29. Juni 1935 hielt die Bauparitätse Gemeinschaft der Freunde Württemberg in Ludwigsburg (Württ.) ihre 8. ordentliche Gesellschafterversammlung ab, in der der Geschäftsbericht und die Bilanz für das Jahr 1934 entgegengenommen und genehmigt wurde. Den Geschäftsführern und dem Aufsichtsrat wurde Entlastung erteilt. Alle Beschlüsse wurden einstimmig gefasst. Die Geschäftsführung konnte in der Gesellschafterversammlung bekanntgeben, daß dank der anhaltenden Steigerung der Geldbewältigung am 28. Juni 1935 weitere 281 Bauparitäten mit 3,4 Millionen RM. bestellt wurden, wodurch sich die Gesamtaufstellungen der Bauparitätse, ohne die österreichische GdF, in Salzburg, die unter der Verwaltung der GdF, stehende Bayerische Bauparitätse und die Bauparitätse Rat und Tat — auf 227,75 Millionen RM. für 15 791 Bauparitäten erhöht haben; sie konnte ferner berichten, daß in diesem Jahr bis Ende Juni weitere 3494 Bauparitäten mit einer Kaufsumme von 34,5 Millionen RM. abgeschlossen wurden. Die Gesellschafter nahmen diese Mitteilungen über die günstige Entwicklung der GdF, mit besonderer Befriedigung zur Kenntnis.

**Entschuldigungsämter.** Die (seither bei jedem Amtsgericht bestehenden) Entschuldigungsgerichte übertragen ihre Aufgaben ab 1. Juli an die neu errichteten Entschuldigungsämter, von denen jedes nicht mehr bloß für ein Oberamt, sondern für mehrere Oberämter zuständig ist. Im Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart sind nun 20 Entschuldigungsämter errichtet worden, und zwar Aalen, Biberach, Crailsheim, Ellwangen, Freudenstadt, Hall, Hechingen, Heilbronn, Ludwigsburg, Nagold, Wehringen, Ravensburg, Reutlingen, Riedlingen, Rottweil, Stuttgart I, Tübingen, Ulm (Donau), Weidlingen und Wangen.

**Glatten, 1. Juli. (Unfälle.)** Am Samstag um die Mittagsstunde fuhr am Ortseingang Neuned-Glatten ein Motorradfahrer in voller Fahrt auf einen Lieferwagen auf. Während der Motorradfahrer mit leichten Verletzungen davonkam, erlitt sein Soziusfahrer eine Gehirnerschütterung. — Am Samstag wurde beim Kaiser Straßendamm kurz vor Feierabend dem Maurer Matth. Ziegler von hier von einem herabfallenden Stein der Fuß abgeschlagen.

**Freudenstadt, 1. Juli. (Kirchengefangs- und Botschaftenchor.)** Am Sonntag feierte der ev. Kirchengemeinde Freudenstadt in unserer Stadt einen Gesangs- und Botschaftenchor, an dem sich trotz der Ferienzeit auch von den ländlichen Orten eine große Zahl von Kirchensängern und Zuhörern beteiligte. Schon in der Frühe des Sonntags fand ein Turnfest und ein Kurenbesing-Singen statt. Dann folgte der Hauptgottesdienst. In ihn schloß sich eine musikalische Morgenfeier mit Gemeinbesingen an. Am Nachmittag war dann der religiöse und musikalische Höhepunkt: ein Festgottesdienst mit einer Festpredigt des ev. Landesmusikwarts Pfarrer Gohl-Warbach und der Aufführung der Bach-Kantate „Der Herr ist mein getreuer Hirte“. Nach dem Festgottesdienst fand noch ein Chorbesing-Singen und Chorabblasen auf dem Marktplatz statt, das im Zeichen von Rosenparaden stand und bei dem Stefan Gerhardt eine Lektüre hielt.

**Widdach, 2. Juli. (Hagelschlag.)** Ein schweres Gewitter brachte gestern abend ziemlich lang anhaltenden Hagelschlag mit wolkenbruchartigem Regen. Der heftige Sturm richtete besonders auf der Höhe manchen Schaden an. Auf der Straße von hier nach Engstlöfzle und von Engstlöfzle nach Besenfeld sind manche junge Bäume umgeworfen worden, die in der Nacht den Straßenerverkehr nicht unerheblich störten.

**Widdach, 1. Juli. (Zum 2. Mal Silberne Hochzeit.)** Wilhelm Bott und Frau Maria, geb. Wondrosing, konnten vieler Tage das fest ihres silbernen Ehejubiläums begehen. Bemerkenswert ist, daß der Ehemann damit zum zweitenmal Silberne Hochzeit feiern durfte.

**Neuenbürg, 1. Juli.** Der Haushaltsplan 1935 des Kreisverbandes Neuenbürg sieht vor: Einnahmen 212 670 M., Ausgaben 626 755 M. Es ergibt sich somit ein Abmangel von 414 085 M. Zur Deckung wird eine Kreisumlage von 320 000 M. erhoben. Ferner sind an Mehrerträgen aus den Umlagen von 1933/34 735 M. vorhanden. Mit Stad-Entnahmen usw. in Höhe von 93 350 Mark ist der Haushalt ausgeglichen. — Am Bahnhofsweg verlor eine Frau aus Schwann beim Absteigen vom Rückzug eines Kraftwagens ihre Handtasche, in der sich Geld und „Kraft durch Freude“-Fahrscheine befanden. Ein Mann nahm die Tasche an sich. Sie wurde noch nicht zurückgegeben. Die Polizei ist dem Täter auf der Spur.

**Neuenbürg, 1. Juli.** Der Haushaltsplan der Stadt Neuenbürg wurde festgestellt mit 140 285 M. Einnahmen und 292 905 M. Ausgaben, sowie einem Abmangel von 152 620 M. Der Abmangel ist zu decken durch Kreisumlageerhebungen im mutmaßlichen Betrag von 25 430 M., durch Heranziehung des Betriebsüberschusses der Elektrizitätswerkstelle mit 2000 M., von Restmitteln früh. Jahre mit 12 300 M. und durch eine Umlage auf Grund, Gebäude und Gewerbe in Höhe von 22 v. H. (wie im Vorjahr) mit einem voraussichtlichen Ertrag von 68 531 M.

**Wöbblingen, 1. Juli.** Heute früh um 6.30 Uhr ereignete sich auf der Straße Wöbblingen-Dagersheim ein schwerer Zusammenstoß zwischen einem Lastkraftwagen und einem Motorradfahrer. Der Motorradfahrer aus Wehringen wollte nach Sindelfingen zu seiner Arbeit fahren. An der Steige gegen Dagersheim überholte er einen in gleicher Richtung fahrenden Motorradfahrer. Gleichzeitig kam ein Lastkraftwagen von Dagersheim aus entgegengefahrener Richtung. Der Lastkraftwagenführer erkannte sofort die Gefahr und brachte sein Fahrzeug zum Stehen. Trotzdem konnte der Motorradfahrer nicht mehr schnell genug nach rechts auf seine Straßenseite kommen und stieß von vorne auf den stehenden Lastkraftwagen auf. Dabei wurde er schwer verletzt und mußte ins Kreiskrankenhhaus nach Wöbblingen übergeführt werden, wo er kurz nach seiner Einlieferung gestorben ist.

**Stuttgart, 1. Juli. (Kundgebung.)** Aus Anlaß der Einführung der Arbeitsdienstplicht fand am Samstag abend im Schlosshof eine feierliche Kundgebung statt, an der nicht nur der als erster zum Arbeitsdienst aufgerichtete Jahrgang 1935, Vertreter des Staates und der Partei und die nationalsozialistischen Formationen und Organisationen, sondern auch viele Volksgenossen teilnahmen. Zuletzt zog eine Ehrenkompanie des Standortes Stuttgart des Reichsheeres auf. Kreisleiter Mauer und Gauarbeitsführer Müller würdigten den Entschluß des Führers, durch den die Schule der Nation gesehlich unterbaut wird und jedem deutschen Mann Gelegenheit gegeben ist, seiner Pflicht gegenüber Volk und Vaterland im Arbeitsdienst zu genügen. Ein Vorbeimarsch in die Königsstraße bildete den Abschluß.

**Rassehundausstellung.** Am 7. und 8. September findet in der Gewerbehalle eine große Rassehundausstellung statt, die vom Gau Südwest des Reichsverbandes für das Deutsche Hundewesen (RDH.) durchgeführt wird. Der Gau wirt zu dieser groß angelegten Ausstellung 10 000 RM. in bar aus und gibt dazu noch Ehrenpreise aller Art, ferner Rassehundpreise, sowie Gaumünzen in Silber und Bronze.

**Abgestürzt.** Am Freitag morgen war der 15 Jahre alte Schüler einer Stuttgarter Oberrealschule, Hans Scheuing tödlich abgestürzt. Wie das Rektorat der Schule mitteilt, erfolgte das Unglück keineswegs wie zuerst berichtet, bei Kletterübungen an den Gutenberg-Höhlen. Es handelt sich vielmehr um einen nicht durch Ausschlagen von Gefahren verursachten bedauerlichen Unfall. Die Schüler waren auf einem schmalen Weg an einem Hang gegangen, wobei Scheuing vorwärts und den Hang hinunterrollte, wobei er einen Schädelbruch erlitt, dem er erlag.

**Grenzenloier Leichtsinn.** In der Nacht zum Sonntag wurde ein 23 Jahre alter Kaufmann, der sich in der unteren Königsstraße auf die Jahrbahn gestellt hatte, um auf diese Weise einen Kraftwagen anzubalden, durch den er sich in seine Wohnung nach Bad Cannstatt führen lassen wollte, von dem Fahrzeug gestreift und zur Seite geschleudert. Der Mann wurde verletzt und mußte in ein Krankenhaus aufgenommen werden.

**Ludwigsburg, 1. Juli. (Den Verletzungen erliegen.)** In der Nacht zum Sonntag erlag der 61 Jahre alte aus Kassel gebürtige und in Degerloch wohnhafte Otto Stellfeldt der schweren Schwerverletzung, die er sich am Abend des hiesigen Bahnhofs in selbstmörderischer Wut beigebrought hatte.

**Ulm, 1. Juli. (Autounfall.)** Wie aus Bad Rissingen gemeldet wird, verunglückte Samstag nacht der Operettenpianist Bruno Seubert, der Insipient Koli Gottwald und Kapellmeister Otto Groß mit dem von Seubert gesteuerten Wagen. Während Kapellmeister Groß nur leicht verletzt wurde, erlitten Seubert und Gottwald schwere Schädel- und Armbrüche; bei beiden besteht Lebensgefahr.

**Reutlingen, 1. Juli. (Reichserziehungswoche.)** Am Sonntag trafen die 1000 Teilnehmer der wirtschaftspolitischen Reichserziehungswoche mit einem Sonderzug in Reutlingen ein und wurden auf dem Marktplatz von der Kreisleitung der NSDAP, der Deutschen Arbeitstront und der Stadterwaltung empfangen. Im Anschluß daran führten die Teilnehmer nach Eningen und marschierten nach dem Lager bei St. Johann.

**Schwaigern, O.A. Bratenheim, 1. Juli. (Tödlich verunglückt.)** Walter Weigel von Großgartach wurde vom Sozius des Motorrads geschleudert. Er blieb mit schweren Verletzungen bewußtlos liegen und starb noch in der Nacht an den Verletzungen. Der Führer des Motorrads, Karl Schneider-Großgartach und der Radiator, mit dem er zusammenstieß, erlitten leichtere Verletzungen.

**Aalen, 1. Juli. (Tod durch elektrischen Strom.)** Der sechsjährige Knabe A. Weiß feste in seiner elterlichen Wohnung einen Steckkontakt, den er auf einem Aufstellplatz gefunden hatte, in die elektrische Leitung, die zum Bügel benützt wird. Da der Knabe offenbar auf dem in der Nähe befindlichen Ofenblech stand oder sonst eine Unvorsichtigkeit beging, wurde er von dem elektrischen Strom auf der Stelle getötet.

**Neßlingen O.A. Blaubeuren, 1. Juli. (40 Heuwagen vom Sturm umgeworfen.)** Am Freitag mittag ging über unsere Markung ein schweres Gewitter nieder. Der Sturm war derart, daß mehr als 40 Heuwagen zum Teil noch während dem Aufladen auf der Straße umgeworfen wurden. In mehreren Fällen konzten sich Personen, die noch am Wagen arbeiteten oder Schutz suchten, nur noch im letzten Augenblick retten.

**Münzingen, 1. Juli. (Tödliches Verkehrsunglück.)** Der 54jährige verheiratete Landwirt Anton Hertler von Bremelau, Vater von vier Kindern, war mit dem Fahrrad nach Münzingen gefahren. Beim Ueberholen durch einen Personenzug wurde der Verunglückte erfasst und durch die Vorderachse des Autos auf die Straße geschleudert. Der Personenzug fuhr über die Böschung ins Feld, ehe er zum Stehen kam. Hertler erlitt einen doppelten Schädelbruch und erlangte das Bewußtsein nicht mehr.

**Ravensburg, 1. Juli. (Württ. Gustav Adolf-Fest.)** Die diesjährige 92. Jahresversammlung des Württ. Hauptvereins der Gustav Adolf-Stiftung findet am 7. und 8. Juli in Ravensburg und Friedrichshafen statt. Sie beginnt schon am 6. Juli mit einem Gemeinabend in Ravensburg. Der Sonntag, 7. Juli, wird sodann mit Jugend- und Festgottesdiensten eröffnet. In Ravensburg hält Landesbischof D. Wurm die Festpredigt. Auch Diaspora-Redner werden zu der Gemeinbesprechung. Der Nachmittag bringt eine Fahrt auf dem Bodensee. Abends sammeln sich die Teilnehmer an einer Abendfeier in der Schloßkirche in Friedrichshafen.

**Teinwang, 1. Juli. (Hagelwetter.)** Am Freitag nachmittag ging in der näheren Umgebung von Teinwang teilweise starker Hagel nieder, der bis zu Taubeneiergröße erreichte. Die Hopfengärten wurden bis zu 60 Prozent vom Hagel beschädigt. Dies wirkt sich um so mehr aus, als die Pflanzen beinahe Gerüsthöhe erreicht haben. Auch in den Obstgärten von Oberteuringen hat der Hagel großen Schaden angerichtet.

**Belligheim, 1. Juli. (Ertrunken.)** Beim Baden unterhalb des großen Redartstauwerks ertrank Sonntag der 15 Jahre alte Schreinerlehrling Wilhelm Müller aus Hohen. Der Verunglückte, der sich bei einem Belligheimer Meister in der Lehre befand, war Nichtschwimmer.

**Yaugenargen O.A. Teinwang, 1. Juli. (Fischererschule.)** Im Vortragsraum des Instituts für Seenforschung und Seenbewirtschaftung fand die Mitgliederversammlung statt. Der stellv. Vorstand Geh. Kriegsrat Dreßler eröffnete die Versammlung. Nachdem Fabrikant Kaufmann den Rechenschaftsbericht erstattet hatte, berichtete über die Tätigkeit des Instituts sein Leiter Dr. Elfer. Das Institut werde viel Arbeit bekommen, namentlich als Lehrinstitut auf die Anregung von Fischermeister Zäger, dort eine Fischerschule zu errichten. Der erste Kurs beginnt am 22. Januar 1936 und dauere 6 Wochen.

**Sonn, 1. Juli. (Bundeschießen.)** Das 47. Oberschwäbische Bundeschießen, das am Samstag und Sonntag in Jona abgehalten wurde, nahm in allen Teilen einen sehr guten Verlauf. Ueber 200 Schützen aus Württemberg und Bayern trafen sich auf der idyllisch gelegenen Schießstätte der Schützengilde.

Kundgebung der HJ.

**Stuttgart, 1. Juli.** Der 30. Juni brachte den Abschluß des Kampfbundes der HJ. Vier Wochen lang hatte die Hitlerjugend getrommelt, eine Versammlungswelle war über das Land gegangen, und nun ließen von allen Ecken und Enden Württembergs die Staffetten der Banne zum Hohenstaufen, um die Artungen mit dem Kampfergebnis zu überbringen. Hunderttausende Hitlerjugend beteiligten die Bann- und Jungbannfahrten auf dem Hohenstaufen hatten die Bann- und Jungbannfahrten aufgestellt genommen. Die ersten Bänder trafen gegen 9 Uhr ein, überbrachten ihren Bannführern die Bannflagge, die sie erhalten und dann dem Gebietsführer überreichten. Zusammen mit der Staffette des Bannes 119 Stuttgart hatte der Reichshaltler eine Parole geschickt, in der er auf die Aufgaben hinwies, die die HJ. nicht nur hatte, sondern auch für die weitere Zukunft erwachsen. Sie müsse für das Reich eintreten, heute und später, und sei es mit dem eigenen Leben. Der Gebietsführer Sundermann wies in seiner Rede darauf hin, daß der Reichshohenstaufen eine Mahnung für uns ist, die Idee des Bannes nie zu vergessen. Die Vollerführung der Sehnacht hohentauslicher Kaiser brachte uns der Führer. Wir werden das Erbe seiner Revolution wahren und weitertragen. Dann überreichte er im Auftrag des Reichsjugendführers 14 Bann- und Jungbannführern das Ehrenzeichen der HJ. Die Oberbannführerin des BWM übergab 22 Führerinnen das Ehrenzeichen.

Organisationsänderungen bei der Reichsbahndirektion Stuttgart

**Stuttgart, 1. Juli.** Die Reichsbahndirektion Stuttgart teilt mit: Seit 1. Juni werden die bisher beim Maschinentechnischen Büro der Reichsbahndirektion Stuttgart behandelten Geschäfte für den Bau und die Unterhaltung der Fernmeldeanlagen und des elektrischen Teils mechanischer Sicherungsanlagen sowie die Beschaffung und Bewirtschaftung der Stoffe und Teile hierfür beim Sicherungsbüro der Reichsbahndirektion bearbeitet. Zugleich ist beim Sicherungsbüro eine „Schichtgruppe Fernmeldeanlagen“ errichtet worden. Vom 1. Juli an werden die bisher der Reichsbahndirektion unmittelbar unterstellten Telegraphenmeisterstellen den Reichsbahnbetriebsämtern unterstellt, und zwar die Telegraphenmeisterei Stuttgart dem Betriebsamt Stuttgart I, die Telegraphenmeisterei Heilbronn dem Betriebsamt Heilbronn, die Telegraphenmeisterei Tübingen dem Betriebsamt Reutlingen, und die Telegraphenmeisterei Ulm dem Betriebsamt Ulm.

Gleichschaltung der Tierhufvereine

**Stuttgart, 1. Juli.** Durch eine Anordnung des Reichstierhufbundes werden jetzt in Deutschland alle Tierhufvereine gleichgeschaltet. Am gleichen Ort darf nur ein Verein bestehen. Sind mehrere Vereine da, so müssen sie sich gleichschalten. Alle Tierhufvereine des Reiches müssen eine vom Reichstierhufbund ausgearbeitete Vereinsordnung annehmen. Mit diesen Fragen hatte sich auch die 36. Mitgliederversammlung des Württ. Tierhufvereins zu befassen, die am 28. Juni d. J. im Hofpark Victoria in Stuttgart abgehalten wurde. Der Vorsitzende, General Freiherr von Soden, leitete die Veranstaltung. Nach der Begrüßung gedachte er der zahlreichen Mitarbeiter und Tierhufher, die in den letzten Jahren und durch den Tod entrissen wurden. Dann erstattete er selber und der Schriftführer des „Tierfreundes“, Reallehrer Kau, den Tätigkeitsbericht, aus dem zunächst zu ersehen war, welche Nähe sich der Verein gab, um den Tierhuf in alle Kreise der Bevölkerung und aufs kleinste Dorf hinauszutragen. Der Kassenbericht, den Rechnungsrat Hüntner erstattete, zeigte, daß die Gelder des Vereins in guter Ordnung sind. Die neuen Vereinsordnungen wurden einstimmig angenommen. Die Gleichschaltung wurde ebenfalls beschlossen, obwohl die beiden ortsansässigen Vereine, Württ. Tierhufverein (Landesverein) und Frauentierhufverein, eine verschiedene Tätigkeit und verschiedene Ziele haben. Leider legte der Vorsitzende sein Amt nieder, das er vor 22 Jahren aus der Hand von Graf Ferdinand von Zeppelin selbst übernommen hatte. Auf seinen Wunsch wird sein Stellvertreter, Veterinärdirektor Dr. Köster, den Vorschlag vorerst übernehmen. General Freiherr von Soden, der sich recht große Verdienste um Verein und Tierhuf erworben hat, wurde zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

Arbeitstagung des Schornsteinfegerhandwerks

**Stuttgart, 1. Juli.** Unter dem Vorsitz des Bezirksinnungsmeisters Nabholz-Waidlingen tagten in Stuttgart die Angehörigen des württ.-höhen Schornsteinfegerhandwerks. Aus allen Teilen des Schwabenlandes sowie aus Hohenzollern waren die Meister, Gesellen und Lehrlinge des Schornsteinfegerhandwerks zahlreich erschienen. Nach Ehrung der im abgelaufenen Geschäftsjahr verstorbenen 13 Berufs kameraden sprach Schornsteinfegermeister Rahmann-Weimar (N.D.R.) über „Staat und Schornsteinfeger“. Der Geschäftsführer des Reichsinnungsverbandes, Dr. Richter-Berlin, behandelte das Thema: „Die rechtliche Regelung des Schornsteinfegerwesens“. Bezirksinnungsmeister Nabholz ging auf die Aufgaben der Berufsorganisation ein.



